

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Reichen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 89. Dienstag, den 8. November 1887.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen Ernst Wilhelm Burkhardt eingetragene Feld-Grundstück Folium 42 des Grundbuchs für Röhrsdorf, vormalig Limbacher Anteil — No. 488 und 488a des Flurbuchs — nach dem Flurbuche 2 Hectar 63,6 Ar groß — mit 96,43 Steuereinheiten belegt und auf 7650 Mk. geschätzt — soll vom hiesigen Amtsgericht zwangsweise versteigert werden und ist

der 23. Dezember 1887 Vormittags 10 Uhr
als Anmeldetermin,

der 7. Januar 1888 Vormittags 10 Uhr
als Versteigerungstermin,

der 21. Januar 1888 Vormittags 10 Uhr

als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldetermine anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Wilsdruff, am 3. November 1887.

Königliches Amtsgericht.
Dr. Gangloff.

Kommenden Donnerstag, den 10. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr, öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 7. November 1887.

Der Stadtgemeinderath.
Ficker, Präsmstr.

Tagesgeschichte.

Berlin, 5. November. In den letzten militärischen Kreisen scheint es als beschlossene Sache zu gelten, daß unsere Armee ein neues Infanteriegewehr erhält, und zwar soll vom großen zum kleinen Kaliber übergegangen werden. Wie die „Post“ berichtet, soll der Reichstag in der bevorstehenden Session um Bewilligung der finanziellen Mittel angegangen werden, welche erforderlich sind, an Stelle des kaum noch in der gesamten Armee eingeführten adoptirten Infanteriegewehrs M./71. 84 einen neuen Mehrlader herzustellen. Die „Post“ schreibt u. A.: „Das (französische) 8 mm oder sagen wir, das kleinste Kaliber ist dem 11 mm oder kleinen Kaliber in ähnlicher Weise kalkülisch überlegen, wie letzteres dem längst aus dem Waffenmaterial verschwundenen großen Kaliber. Nun ist aber das 8 mm Kaliber noch gar nicht das kleinstdenkbare; es soll auch ein 7 1/2 mm Kaliber für ein Kriegsgewehr noch im Bereiche der Möglichkeit liegen. Es bleibt also für uns noch immer ein Mittel, die Franzosen in diesem Punkte zu überflügeln.“ Das jetzige Infanteriegewehr M./71 soll vorläufig zur Bewaffnung der Besatzungstruppen verwendet werden.

Ueber den deutschen Kronprinzen berichtet das medizinische Journal „The Lancet“, in welchem sich Dr. Mackenzie vernehmen läßt: Die Kehlkopfentzündung läßt nach, die Stimme wird zunehmend klarer, das Allgemeinbefinden ist vortrefflich. Der Kronprinz ist nach St. Remo übersehbelt.

Als vor einigen Tagen die Kammerfrau der Kaiserin Augusta in Coblenz meldete, der Leibarzt warte im Vorzimmer, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen: „Theilen Sie dem guten Doktor in meinem Namen mit, er möge getroßt zu seinen anderen Patienten gehen. Ueber mein Befinden kann er sich aufs Genaueste aus den Bulletins unterrichten, die von meinem Sohn aus Baveno kommen. Lauten die Berichte günstig, fühle ich mich stark und frisch wie ein junges Mädchen, schlechte Nachrichten über Krisz zerören mich im innersten Mark.“

Die Gesamteinkünfte des Königs von Preußen setzen sich zusammen: 1) aus einer im voraus von den Einkünften aus den Domänen und Forsten hinwegzunehmenden Rente von 7,719,296 Mk. und 2) einer alljährlichen von den Kammern gleich den anderen Staatsausgaben zu bewilligenden Dotation, einem Zuschuß zur Rente des Kronsidekommissfonds im Betrag von 4,500,000 Mk. Im Ganzen also betragen die Einkünfte des Königs von Preußen alljährlich 12,219,296 Mk. Die so häufig aufgeworfene Frage: „Wie viel hat der Kaiser jährlich zu verzehren?“ ist damit noch nicht gelöst und kann auch so lange nicht gelöst werden, als nicht bekannt wird, wie viel von den Ausgaben auf den Kaiser fallen und welche Summen er den Prinzen zur Verfügung stellt. Es läßt sich nur sagen, daß der preussische Staat seinem Königshaus zur Bestreitung des Unterhaltes die Summe von nahezu 12 1/2 Mk. zur Verfügung stellt. Auf den Tag berechnet, ergibt dies 33,477 Mk. 52 Pf.

Aus den Verhandlungen des gegenwärtig in Berlin tagenden deutschen Landwirtschaftsrathes ist zu entnehmen, daß die neue Zollvorlage eine Verdoppelung der Roggen- und Weizenzölle in Vorschlag bringen wird. Der preussische Minister Lucius hat sich zwar jeder bestimmten Angabe enthalten, aus seinen Erklärungen war vielmehr zu entnehmen, daß die Vorlage erst zur Ausarbeitung gelangen würde, nachdem die Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrathes und des preussischen Landesökonomiekollegiums zum Abschluß gebracht sein werden. Der Referent von Below-Saleske theilte indessen während der Debatte, wie man wohl annehmen kann, auf Grund zuverlässiger Erkundigungen mit, daß die Mehrzahl der verbündeten Regierungen einen Zollsatz von 6 Mk. für

Roggen und Weizen zuzustimmen geneigt sei, und es scheint, als ob man sich auf agrarischer Seite mit dieser Erhöhung „begnügen“ werde. Wenigstens sind Andeutungen in dieser Richtung gleichfalls von dem genannten Referenten gemacht worden, ganz im Gegensatz zu den Organen des Agrarierthums, die erst vor einigen Tagen versicherten, daß mit möglichen Zollerhöhungen, und dazu gehörte selbstverständlich auch die „einfache“ Verdoppelung der gegenwärtig bestehenden Zollsätze, nichts anzufangen sei, und daß daher die in Aussicht genommene Steigerung die bisherigen Erwartungen „um ein Beträchtliches“ übertreffen würde. Man hat in jenem Lager doch wohl eingesehen, daß es angezeigt sei, den Bogen nicht allzu straff zu spannen. Auch könnte die Erklärung des landwirthschaftlichen Ministers Lucius, daß die Regierung doch nicht im Besitze eines Univerfalsmittels gegen alle Mißstände sei, sowie die Erinnerung, daß die Regierung nicht berechtigt sei, zu Gunsten einzelner Landbestheile der Gesamtheit der Steuerzahler Lasten aufzuerlegen, als ein Beweis dafür angesehen werden, daß auch die Regierung am Ende ihrer Zugeständnisse an das Agrarierthum zu sein glaube.

Die Nachsteuer auf Branntwein dürfte etwa 18 Millionen Mark im Ganzen einbringen. Wie viel von diesem Aufkommen dem laufenden und wie viel dem nächsten Etatsjahre zu Gute kommen wird, hängt davon ab, in welchem Umfange von der Berechtigung, sechsmonatlichen Credit gegen Sicherstellung zu erhalten, Gebrauch gemacht wird. Alle auf 6 Monate kreditirten Steuerbeträge kommen erst dem nächsten Rechnungsjahre zu Gute. Das gilt von der Nachsteuer so gut, wie von der Verbrauchsabgabe selbst.

Ueber die bevorstehende Reichstagsession schreibt die „Nat.-Lib. Korresp.“: „Wie gehen aller Voraussicht nach einer langen wichtigen Session entgegen, in der es an heftigen Kämpfen nicht fehlen und die schwerlich so glatt verlaufen wird, wie die vorjährige Tagesperiode. Der Arbeitsstoff, der dem Reichstag zugebracht ist, läßt sich der Hauptsache nach jetzt schon überblicken, wenn auch verschiedene der in Vorbereitung befindlichen Vorlagen erst in der zweiten Hälfte der Session eingebracht werden dürften. Zunächst wird sich der Reichstag mit dem Etat zu beschäftigen haben, der, wenn nicht politische Auseinandersetzungen allgemeiner Art damit verknüpft werden, an sich zu weitausföhrigen Erörterungen und starken Meinungsverschiedenheiten keinen Anlaß bieten wird. Dagegen tragen zwei andere Gegenstände den Stoff zu sehr heftigen Kämpfen in sich: Die Getreidezollerhöhung und die Verlängerung der Legislaturperioden. Was den ersteren Gegenstand betrifft, so ist zwar vollständige Gewißheit über die Absichten der Regierung noch immer nicht verbreitet, doch geht die allgemeine Annahme dahin, daß alsbald nach Eröffnung der Session eine Kornzollvorlage eingebracht wird, welche angeblich eine Verdoppelung der bestehenden Zölle enthalten soll. Die Aussichten der Vorlage im Reichstags sind sehr unsicher. Eine Mehrheit dafür könnte nur gewonnen werden, wenn der weit überwiegende Theil des Centrums zustimmte, was bis jetzt noch zweifelhaft erscheinen muß. Während diese Frage die wirthschaftlichen Gegensätze wachrufen und die Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten und der äußersten Linken, einigermassen gespalten finden wird, werden die politischen Gegensätze mächtig aufgeregt werden durch den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden, der aus der Mitte des Hauses hervorgerufen wird. Trotzdem anerkannte Führer der deutschfreisinnigen Partei sowohl als des Centrums, wie Bamberger und Windthorst, in früheren Jahren, als sie die Sache noch unbefangenen betrachteten, in überzeugendster Weise für die Zweckmäßigkeit, ja Nothwendigkeit längerer Legislaturperioden eingetreten sind, wird man jetzt doch erleben, daß die aus der Presse der